

STEIRISCHE Volksstimme



Ausgabe 3, Februar 2020 • Österreichische Post AG / Postentgelt bar bezahlt • 8020 GRAZ

www.kpoe-steiermark.at

REGIONALMEDIUM DER STEIRISCHEN KPÖ

POSTWURFSENDUNG
im Sinne des Parteiengesetzes
RM 19A041806 E



Eine gute Zukunft für unsere Gemeinden!

Seite 2-3 und 11-14



Der Winter hat sich in der Steiermark nicht überall gezeigt. Trotzdem freuen sich die meisten über die ersten Vorboten des Frühlings.

Gemeinderatswahl 22. März 2020

Vorgezogener Wahltag: Freitag 13. März 2020

**Für leistbares Wohnen!
Für niedrigere Gebühren!
Für Dich im Gemeinderat!**



KPÖ



ZITIERT

„In der obersteirischen Stadt Rottenmann wurde die ÖVP überholt und zwar von der KPÖ: Das vorläufige Endergebnis weist den Kommunisten 16,8 Prozent der Stimmen aus, das ist gegenüber 2015 eine Vervierfachung. Die ÖVP liegt bei 14,7 Prozent, ein Minus von acht Prozentpunkten.“ Kurier, 25.11.2019.

„Zu den Verlierern gehört die Vielzahl von Stromkunden, welche erzwungenermaßen gratis ihre persönlichen Daten, generiert durch Smart Meter, an die Stromlobby herschenken müssen. Für viele von ihnen bedeuten flexiblere Stromtarife nicht niedrigere, sondern höhere Strompreise.“ Rudolf Schober, Solidarwerkstatt, über die zwangsweise Einführung von Smart Metern, Dezember 2019.

„Rolex-Uhren sind ausverkauft, das führt zu hysterischen Szenen. Anscheinend haben reiche Menschen wirklich keine anderen Probleme.“ Nachdenkseiten, 23.12.2019.

„Die 500 reichsten Menschen auf diesem Planeten haben 2019 ihr Vermögen um 25 Prozent gesteigert. Insgesamt konnten die Mitglieder dieser Gruppe ihren Besitz um 1,2 Billionen US-Dollar vermehren.“ Neues Deutschland, 27.12.2019.

AM 22. MÄRZ 2020 WERDEN DIE GEMEINDERÄTE NEU GEWÄHLT

Es geht um unsere Zukunft

Bei der Gemeinderatswahl geht es um unseren Lebensmittelpunkt: Unsere Heimatgemeinde. In kleinen wie in großen Dingen bemüht sich die KPÖ um ein besseres Zusammenleben. Egal ob es um leicht behebbare Missstände geht oder um Fragen der Privatisierung von Gemeindeeigentum.

Der Gemeinderat ist das höchste Gremium der Gemeindeverwaltung. Alle Angelegenheiten müssten also zuerst im Gemeinderat diskutiert und beschlossen werden. Die Realität sieht anders aus. Die Mehrheitsparteien bestimmen, die anderen

Fraktionen erfahren von wichtigen Vorhaben und Weichenstellungen oft erst aus den Medien. Das ist weder demokratisch noch konstruktiv. Durch die Alleingänge wird bewusst auf Mitarbeit und Ideen der Gemeindebewohner verzichtet.

Wie finanziert sich eine Gemeinde?

Die Einnahmen einer Gemeinde bestehen aus den Gebühren, die von den Gemeindebürgern eingehoben werden und den Ertragsanteilen. Der Bund hebt Steuern ein und verteilt diese nach einem bestimmten Schlüssel an Bund, Länder und Gemeinden. Diese Einnahmen werden Ertragsanteile genannt und machen den Löwenanteil der Gemeindeeinnahmen aus. Der Großteil der Steuereinnahmen des Bundes kommt aus Massensteuern wie der Lohnsteuer, der Mehrwertsteuer oder der Mineralölsteuer. Das heißt: Die arbeitenden Menschen bezahlen sich die Leistungen, die in den Gemeinden erbracht werden, durch ihre Steuerzahlungen selbst.

Es wird der Gemeinderat gewählt, nicht der Bürgermeister

Bei der Gemeinderatswahl wird nur das Gemeinderatsgremium gewählt. Der Gemeinderat wählt dann den Bürgermeister. Der Bürgermeister lacht zwar oft aus der Zeitung, die meiste Arbeit geschieht allerdings in den ebenfalls vom Gemeinderat gewählten Ausschüssen und bei den Sitzungen des Gemeinderates. Wichtig wäre es, die Kontrollmöglichkeiten zu erhöhen, und nicht immer nur der Bezüge des Bürgermeisters.

Wir ersuchen Sie am 22. März um ihre Stimme für die Liste 5 –KPÖ.



Steirische Politgehälter 2020

Bruttoeinkommen monatlich, 14 Mal pro Jahr

Landeshauptmann	€ 17.274
Landeshauptmannstellvertreter	€ 16.365
Mitglied der Landesregierung	€ 15.456
1. Landtagspräsidentin	€ 12.274
Klubobmann, Klubobfrau	€ 11.365
Bürgermeister Graz	€ 14.092

Das verdienen die Bürgermeister in der Steiermark-

als Haupteinkommen und als Nebeneinkommen (gerundet, brutto, 14 Mal pro Jahr).

Einwohnerzahl	Gehalt als Haupteinkommen	Gehalt als Nebeneinkommen
3.001 bis 5.000 Einwohner	€ 5.682	€ 4.546
5.001 bis 7.000 Einwohner	€ 6.819	€ 5.455
7.001 bis 10.000 Einwohner	€ 7.387	€ 5.910
10.001 bis 15.000 Einwohner	€ 8.523	€ 6.819
15.001 bis 20.000 Einwohner	€ 9.660	€ 7.728
20.001 bis 30.000 Einwohner	€ 10.796	€ 8.637

STEIRISCHE
Volksstimme

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Hersteller und Verleger: Landtagsklub der KPÖ Steiermark, Herrengasse 16/3, 8010 Graz. Für den Inhalt verantwortlich: Andreas Fuchs. Verlags- und Herstellungsort: m4, Graz. Tel. 0316 / 877-5102. Fax 0317 / 877-5108. E-Mail: volksstimme@kpoe-graz.at // DVR: 0600008
Offenlegung: Das Grazer Stadtblatt / die Steirische Volksstimme – Informationsblatt der KP Steiermark ist ein Regionalmedium und dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne der Arbeit der KPÖ Steiermark. Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen und tritt für eine Stärkung des solidarischen Sozialsystems und gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein.



kunft



Eine Gemeinde ohne Wohnungen ist wie ein Auto ohne Räder

Die Privatisierung von Gemeindewohnungen steht auf der Tagesordnung. Es ist jedoch ein Irrglaube, dass damit für leistbaren Wohnraum gesorgt wird. Am Beispiel der Judenburg Standortentwicklungs- und Immobilien GmbH, kurz JuSI, kann man erkennen, dass eine Ausgliederung von Gemeindewohnungen nicht zielführend ist.

Die rund 520 Gemeindewohnungen in Judenburg wurden im August 2011 in eine privatwirtschaftliche Gesellschaft

ausgliedert. Im Jahr 2019 war die JuSI überschuldet, eine Weiterführung der JuSI nicht mehr möglich. Eine neue Lösung zum Erhalt der Gemeindewohnungen musste gefunden werden.

Die Gläubiger, also die Bank, stellen sich gegen eine weitere Finanzierung der JuSI ohne Haftung der Gemeinde. Das ist aber gesetzlich nicht möglich.

Die einzige Lösung für die wirtschaftlichen Probleme der JuSI ist eine Rückführung der Wohnungen in die Gemeinde, allerdings ist unklar, wie diese durchgeführt werden kann.

Eine Privatisierung der Wohnungen muss verhindert werden um das Vermögen der Gemeinde zu sichern und die Preise für Wohnraum auf einem niedrigen Niveau zu halten. Durch die Ausgliederung wurde die Sanierung der Wohnungen vernachlässigt. Die KPÖ wird nach der Gemeinderatswahl Druck machen, damit ein umfassendes Sanierungskonzept erstellt und umgesetzt wird.

Rene Windegger,
KPÖ-Spitzenkandidat in Judenburg

**Sozial.
Gerecht.
Für euch.**

Im Gemeinderat braucht es eine unbestechliche Stimme für soziale Gerechtigkeit. Ich ersuche Sie deshalb um Ihre Unterstützung am 22. März.

 **Rene Windegger – KPÖ**

LAbg. Claudia Klimt-Weithaler

KPÖ im Landtag

Gut für die Gemeinde



Viele Steirerinnen und Steirer haben sich in den letzten Jahren von der Politik abgewendet. Sie haben das Gefühl, dass sich nichts zum Positiven ändert, egal, welche Partei man wählt. Manche Entscheidungen sind einfach nicht nachvollziehbar. Dazu kommen Politiker, die sich ihre Taschen mit Steuergeld vollstopfen. Kein Wunder, dass viele nicht mehr wählen gehen wollen.

Die steirische KPÖ hat gezeigt, dass es auch anders geht. Überall, wo wir vertreten sind, haben wir uns für die kleinen und großen Anliegen der Menschen eingesetzt. „Freunderlwirtschaft“ und Spesenskandale gibt es bei uns nicht.

Eine starke KPÖ ist gut für die Menschen und die Gemeinde. Als konstruktive und unbestechliche Kraft setzen wir uns vor allem für die Men-

schen ein, die keine Lobby haben. Wir stehen für Tarife und Gebühren, die sich alle leisten können, und gegen den Ausverkauf unserer Landschaft und der öffentlichen Infrastruktur.

Es ist sehr wichtig, dass in allen Bereichen – vom Gemeinderat über die Arbeiterkammer bis in die Parlamente – Menschen vertreten sind, die sich für die Dinge stark machen, die wirklich wichtig sind: Für Gesundheit, die Rechte der arbeitenden Menschen, Pensionen, Bildung und den Schutz der Umwelt. Dabei darf es keine faulen Kompromisse geben. Die KPÖ steht für die Einbeziehung der Bevölkerung und für ein funktionierendes, soziales Zusammenleben in der Gemeinde.

LAbg. Claudia Klimt-Weithaler
Tel. 0316 / 877-5104
ltk-kpoe@stmk.gv.at

Ein Gemeinderat ohne die KPÖ ist wie ein Gulasch ohne Bier

Mehr zu den Kandidatinnen und Kandidaten der KPÖ in den steirischen Gemeinden: Seite 11-14



KLEIN, aber MIT BISS

Die Krankenkasse heißt jetzt Gesundheitskasse und hat 1,7 Milliarden Euro Defizit. Das war eine teure Namensänderung.

Sorge um kostenloses Gesundheitssystem

Der Ärztereitschaftsdienst in der Steiermark wurde 2019 komplett umgestellt. Zwischen Mitternacht und 7 Uhr gibt es außerhalb der Landeshauptstadt keinen Bereitschaftsdienst mehr, dafür wurde das Gesundheitstelefon 1450 eingeführt.

Versprochen wurde, dass es insgesamt zu einer Verbesserung kommen würde. Tatsächlich ist es zu einer weiteren Ausdünnung der medizinischen Versorgung gekommen. Viele Dienste bleiben unbesetzt, während es beim Gesundheitstelefon immer wieder zu langen Wartezeiten kommt.

Seit 1. April 2019 ist das neue System in Kraft. Es war von Anfang an von Problemen über-



schattet. In den Spitalsambulanzen müssen seit Einführung des neuen Systems mehr Patienten behandelt werden, berichtete die Kleine Zeitung am 19.12.2019.

Die zuständige Landesrätin

Juliane Bogner-Strauß (ÖVP) sprach im Landtag auf KPÖ-Nachfrage von „alternativen Anbietern“ für den Bereitschaftsdienst, die die medizinische Versorgung verbessern sollen.

KPÖ-LAbg. Claudia Klimt-Weithaler hielt dagegen:

„Durch das ständige Kürzen und Sparen wird es im Gesundheitssystem immer enger. Da helfen keine Zusammenlegungen von Spitälern. Der erste Schritt zu einer Lösung ist es, die Betroffenen

einzu beziehen. Gesundheit hat eben ihren Preis, und das schließt die Patienten ebenso ein wie das Personal.“

Landtag nimmt KPÖ-Antrag einstimmig an

„Wenn wir sehen, dass sich die Dinge in die falsche Richtung entwickeln, müssen wir handeln und nicht zwei weitere Jahre warten“, warnte KPÖ-LAbg. Klimt-Weithaler. Der Antrag der KPÖ, den ärztlichen Bereitschaftsdienst ein Jahr nach Einführung, also im April 2020, zu überprüfen und das Ergebnis dem Landtag vorzulegen, wurde einstimmig angenommen.

Ab 2021 drohen Kürzungen bei Gesundheit und Pflege

KPÖ warnt vor neuerlicher Abwärtsspirale durch die Sparpolitik des Landes

Die steirische Landesregierung will ab 2021 weitere 90 Millionen Euro „sparen“. Das bedeutet neuerlich Kürzungen im Gesundheits-, Pflege- und Sozialbereich. Claudia Klimt-Weithaler (KPÖ) warnt vor den Folgen.

Alle Versuche, die Schulden durch Sparpakete zu verringern, haben zu einer Vergrößerung der Budgetmisere geführt. „Die Sparpolitik ist überall gescheitert, weil sie in eine Abwärtsspirale führt. Die Kaufkraft sinkt, Arbeitsplätze gehen verloren. Damit sinken die Steuereinnahmen. Trotzdem wird diese Politik fortgesetzt“, so die KPÖ-Abgeordnete.

Die Ursachen für das Defizit sind hausgemacht: Fehlplanungen im Gesundheitswesen und vor allem eine Kostenexplosion durch die Förderung gewinn-

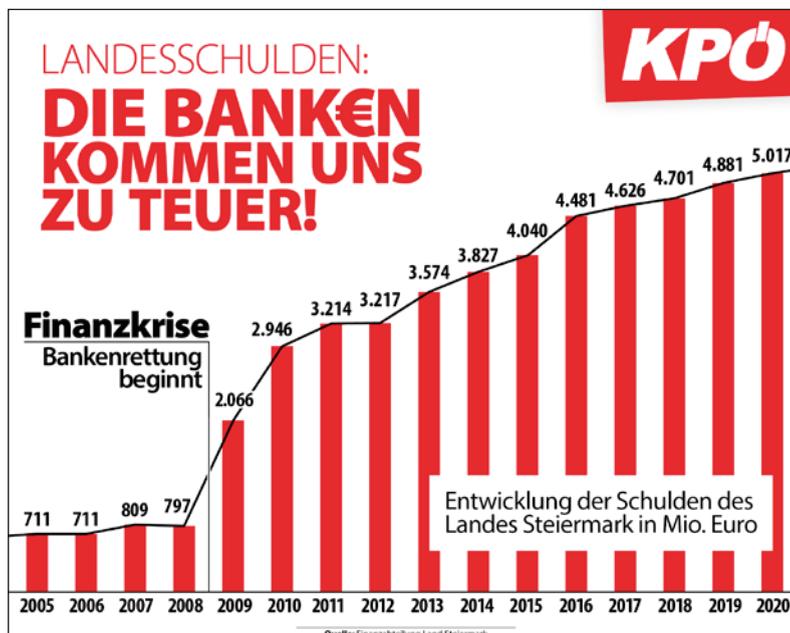
orientierter Pflegeheime haben zu einer Kostensteigerung geführt. Während die notärztliche Versorgung in großen Teilen der Steiermark nur noch mit Mühe aufrechterhalten werden kann,

werden weitere „Entscheidungen, die wehtun“ angedroht. Gleichzeitig soll ein „Leitspital“ in Stainach-Pürgg gebaut werden, bei dem schon vor Baubeginn klar ist, dass das Kostenlimit von

250 Millionen (!) Euro deutlich überschritten werden wird.

Wer für die Schulden verantwortlich ist

Die Schulden werden so nicht kleiner, aber die Qualität der öffentlichen Leistungen wird für alle schlechter. Die Schulden wurden nicht wegen der Pflegeheime und Krankenhäuser und auch nicht für Schulen und Sozialleistungen gemacht. Die Explosion der Schulden des Landes Steiermark hängt klar mit der „Bankenrettung“ seit Beginn der Finanzkrise 2007 zusammen. Seit 2008 zahlen wir alle für die Banken. Damit deren Gewinne und die Boni der Manager nicht geschmälert werden, sollen nicht nur wir, sondern auch noch unsere Kinder und Enkelkinder zahlen – auf Kosten unserer Gesundheit und unserer Zukunft.



Wann fällt die Maklerprovision?

ÖVP und Grüne versprechen in ihrem Regierungsprogramm, dass die Maklerprovision für Mieter abgeschafft wird. Bisher gibt es aber keinen Zeitplan dafür. Darauf weist die Grazer KPÖ-Stadträtin Elke Kahr hin: „Ich hoffe, dass es in dieser wichtigen Frage bald zu einer Entscheidung kommt. Jahrelanges Warten auf die Erfüllung einer Zusage im Regierungsprogramm von ÖVP und Grünen

würde niemandem dienen.“ Die Umstellung der Maklerprovision auf das Bestellerprinzip kann schon in einer der nächsten Parlamentsitzungen eingebracht und beschlossen werden. Diese finanzielle Erleichterung für viele Wohnungssuchende könnte dann Mitte des Jahres in Kraft treten.

Die KPÖ hat über 10.000 Unterschriften für diese Forderung gesammelt, die dem Parlament als Petition vorliegen.



Wucherzinsen Nein Danke

Wer auf seinem Gehaltskonto ins Minus rutscht, muss mit Überziehungszinsen von durchschnittlich 10 Prozent rechnen. Überschreitet eine Überziehung den Rahmen, kommen im Schnitt fünf Prozent an Strafzinsen dazu. Hat jemand einen Polster auf dem Konto, tendieren die Guthabenzinsen gegen null. Gleichzeitig machen die Banken Rekordgewinne, nachdem sie mit Milliar-

den Euro gerettet worden sind. Die BAWAG erzielte 2019 einen Vorsteuergewinn von 604 Mio. Euro – ein Rekord.

Die KPÖ fordert eine gesetzliche Begrenzung der Überziehungszinsen von Girokonten bei fünf Prozent über dem Zentralbanksatz (Leitzins) und hat bereits mehrere Initiativen in dieser Frage gesetzt.

Gebührenstopp statt Teuerungsautomatik



LANDTAGSWAHL 2019

KPÖ-LABg. Werner Murgg



Helfen statt abkassieren!

Wer dieser Tage die Pressekonferenz der LandesSPÖ zum Auftakt der Gemeinderatswahl verfolgt hat und sich inhaltliche Eckpunkte erwartet hat, ist so schlau wie zuvor. Eine Stunde lang nur über Formales zu reden – wer jüngster Kandidat ist, wie viele Frauen kandidieren, wie stark man da und dort werden will etc. – und dabei keine einzige substantielle Aussage zu tätigen ist auch schon bewundernswert.

Dabei unterscheidet sich die Sozialdemokratie nur unwesentlich von der ÖVP. Das liegt daran, dass die Mainstream-Politik heute austauschbar geworden ist. Grundkonstante dieser Politik ist neoliberale Deregulierung, weitere Umverteilung von unten nach oben und das Umsetzen von EU-Vorgaben. Nachgebetet wird, was Unternehmensberater und sogenannte „Experten“ vorgeben. Das gilt von der großen Politik bis in die Gemeindestuben. Kritik an diesem Kurs wird immer seltener. Auch damit hat die steigende Politikverdrossenheit zu tun. Immer mehr Menschen, die keine Lobby hinter sich haben, fühlen sich im Stich gelassen.

Dabei haben steigende Mieten, zunehmende „Wild-West-Methoden“ in der Arbeitswelt, stagnierende Löhne und Gehälter vor allem bei den unteren Einkommen oder ein Gesundheitssystem, das immer mehr vom Geldbeutel abhängig ist, genau mit dieser Mainstream-Politik zu tun.

Das thematisiert die steirische KPÖ in den Gemeinden und im Landtag. Darauf bauen wir unsere Forderungen auf: Erhalt der Spitalsstandorte, einen Gebührenstopp bei den Betriebskosten und eine Regulierung der Mieten damit auch Familien mit kleinen Einkommen sich das Wohnen wieder leisten können.

Besonders wichtig ist für unsere Mandatarinnen und Mandatare, dass sie die sprichwörtliche Bodenhaftung behalten. Deswegen gibt es bei der KPÖ eine Gehaltobergrenze von 2.300 Euro. Wer aus einem Politeinkommen mehr verdient, liefert es an unseren Sozialfonds ab.

„Helfen statt abkassieren“ lautet das Motto!

Werner Murgg
KPÖ-Landtagsabgeordneter
Tel. 03842 / 22670

Gebührenbremse und Wohnbau

Die Gebühren für Kanal, Müll und Wasser bestimmt der Gemeinderat. Es darf nicht sein, dass die Preise für diese grundlegenden Dinge automatisch steigen. Es wäre durchaus möglich, die Gebührenerhöhungen auszusetzen. Eine Gebührenbremse würde unsere Bürgerinnen und Bürger entlasten.

Pfahl-Spital: 62 Mio. Euro Mehrkosten vor Baubeginn

Als „unkalkulierbares finanzielles Risiko“ bezeichnete KPÖ-LAbg. Werner Murgg das geplante „Leitspital“ im Bezirk Liezen.

Der Neubau soll die drei bestehenden Krankenhäuser im flächenmäßig größten Bezirk Österreichs ersetzen, obwohl sich im April 2019 mehr als zwei Drittel der Bevölkerung gegen diesen Plan ausgesprochen haben.

Murggs Warnung wird nun von der steirischen Krankenanstaltengesellschaft KAGes bestätigt.

Die KAGes spricht davon, dass 25 Prozent „Kostenschwankungen“ bei solchen Projekten „normal“ seien – bei einem Volumen von 250 Mio. Euro sind das 62,5 Mio. Euro.

Während Ex-Spitalslandesrat Drexler noch von 250 Mio. Euro Gesamtkosten für das Leitspital gesprochen hat, ist nun von Kos-

ten von bis zu 312,5 Mio. Euro nur für die Errichtung des Gebäudes die Rede. Zuletzt sind auch noch naturschutzrechtliche Bedenken dazugekommen.

KPÖ-LAbg. Werner Murgg: *„Wir bleiben bei unserer Haltung: Das Ergebnis der Volksbefragung im April 2019 ist zu respektieren. Die bestehenden Spitalsstandorte müssen bewahrt und durch sinnvolle medizinische Schwerpunktsetzungen abgesichert werden.“*



KPÖ-Landtagsabgeordneter und Stadtrat in Leoben: Werner Murgg

Kinderbetreuung: Warum immer weniger in diesem Beruf arbeiten wollen

„Kindergärten und Kinderkrippen sind wichtige Stationen im Leben der Kinder. Sie sollen soziale Fertigkeiten vermitteln. Dafür gibt es hoch qualifiziertes und engagiertes Personal. Die Rahmenbedingungen stimmen aber ganz und gar nicht.“ Das betonte KPÖ-LAbg. Claudia Klimt-Weithaler. Immer mehr Stellen in der Kinderbetreuung bleiben in unserem Bundesland unbesetzt,

weil die Arbeitsbedingungen so unattraktiv sind. Im Interesse der Kinder müssen wir dringend etwas ändern!

Die Grazer Elementarpädagogin Mina Naghibi schilderte den Arbeitsalltag in einer steirischen Kinderkrippe. Mit den Kindern findet gute Arbeit statt. Aber bei kleineren Gruppen und mit weniger Bürokratie, die „nebenbei“ erledigt werden muss, bliebe viel

mehr Zeit für die Kinder, die im Vordergrund stehen sollten. Die Gruppen sind zu groß, der Verwaltungsaufwand zeitraubend.

Nicht mehr als 20 Kinder pro Gruppe

Schon 1991 beschloss der steirische Landtag, die Gruppengröße in Kindergärten von 25 auf 20 zu senken. Die Regelung sollte 1994 in Kraft treten. Kurz davor wurde die Gruppengröße wieder auf 25 erhöht. Das ist bis heute so geblieben. Dafür wurde 2019 bei der letzten Novelle des Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes die vorgeschriebene Raumgröße

verringert. Überschreitungen der Gruppengröße um bis zu zwei Kinder sind möglich. „Statt kleineren Gruppen gibt es jetzt kleinere Räume. Da geht etwas in die falsche Richtung...“, so Claudia Klimt-Weithaler.

Dass unter diesen Vorzeichen das Wohl der Kinder nicht an erster Stelle steht, liegt auf der Hand. Neben kleineren Gruppen braucht es eine bessere Bezahlung: Derzeit verdient eine typische Halbtags-Pädagogin nur ca. 1000 Euro.

Die KPÖ tritt dafür ein, dass endlich eine soziale Staffelung der Tarife in allen Einrichtungen eingeführt wird.



KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler und die Elementarpädagogin Mina Naghibi.



Schule soll wieder Spaß machen



Wir brauchen ein Gesetz gegen Flächenfraß und Zubetonierung der Landschaft

Flächenverbrauch und Bodenversiegelung sind ein massives Problem in der Steiermark. KPÖ-Abgeordneter Werner Murgg fordert wirksames Gesetz.

Es ist dringend nötig, das kurz vor der Landtagswahl überhastet beschlossene Raumordnungsgesetz zu überarbeiten. KPÖ-LAbg. Werner Murgg erneuerte im Landtag daher die Forderung der KPÖ, dem Zubetonieren von Grünraum einen gesetzlichen Riegel vorzuschieben.

Die Entwicklung von Siedlungen „auf der grünen Wiese“ ist leider nach wie vor möglich. Die Anzahl brachliegender Gebäude nimmt zu und immer mehr Ortskerne veröden. Eine zerstreute Siedlungsstruktur erhöht nicht nur die Kosten der Gemeinden für die Anbindung an die örtliche Infrastruktur, sondern führt zu starker Abhängigkeit vom Auto:

Der Weg ins nächste Geschäft, in die Arbeit und zur Schule, zum Arzt und zum Bahnhof sind sonst kaum noch möglich. Das Bauen von Einkaufs- und Fachmarktzentren außerhalb der Ortszentren verstärkt die Problematik.

Täglich verschwindet in der Steiermark die Fläche von drei Fußballplätzen unter Beton. Gleichzeitig stehen in Österreich 50.000 Wohn- und Geschäftsimmobilien leer. Ein wesentlicher „Flächenfresser“ sind Einkaufszentren. Österreich weist mittlerweile eine rekordverdächtig hohe Dichte an Einkaufs- und Fachmarktzentren auf. Für Parkplätze wird Boden großflächig versiegelt. Werden Hallen und Gewerbeanlagen nicht mehr genutzt, bleiben sie einfach stehen.

Die KPÖ hat im Landtag konkrete Vorschläge gemacht, wie diese verhängnisvolle Entwicklung gestoppt werden kann. Mit SPÖ, ÖVP und FPÖ lehnte

eine Mehrheit aber jede Änderung im Interesse der Umwelt ab. Trotzdem wird kein Weg an einer Neuregelung der Raumord-

nung vorbeiführen, wenn unsere Landschaft in Zukunft noch wiedererkennbar sein soll.



Österreich ist Spitzenreiter in der Versiegelung von Grünland. Trotz schöner Sonntagsreden geht die Verbauung immer weiter. Diese Fläche in der Gemeinde Spielberg soll demnächst großflächig verbaut werden.

Die Forderungen der KPÖ zur Bodenversiegelung

- ➔ Kfz-Stellplätze sollen nur mehr versickerungsfähig, errichtet werden dürfen.
- ➔ Baugenehmigungen für Gewerbehallen, Einkaufszentren und Industrieanlagen dürfen nur unter der Auflage erteilt werden, dass sie am Ende ihrer Nutzungsdauer vom Eigentümer auf dessen Kosten zurückzubauen sind.
- ➔ Festlegung von Zielwerten für die Bodenerhaltung bzw. für die Verbauung von Flächen.
- ➔ Untersagung von Neuwidmungen bei Vorhandensein von Leer- und Brachflächen.

Der KPÖ-Antrag wurde im Landtag mehrheitlich abgelehnt.





Pflege: Warum kürzere Arbeitszeiten wichtig sind

Der Pflegenotstand wird immer größer. Alle reden vom Personalmangel. Deshalb waren zuletzt alle Augen auf die Kollektivvertragsverhandlungen der Sozialwirtschaft gerichtet.

Die KPÖ stellt sich hinter die Forderungen der Gewerkschaft nach einer 35-Stunden-Woche in den Gesundheits- und Pflegeberufen. Der Grazer Pflegestadtrat Robert Krotzer und LAbg. Claudia Klimt-Weithaler (beide KPÖ) beteiligten sich an der Protestkundgebung am 5. Februar in Graz.

„Viele Beschäftigte leisten Großartiges – und arbeiten am Limit. Eine Entlastung der Beschäftigten in der Pflege führt auch dazu, dass mehr Zeit für die zu pflegenden Menschen bleibt“, begründet Krotzer seine Teilnahme.

Claudia Klimt-Weithaler betont: „Gute Arbeitsbedingungen und faire Gehälter wirken besser gegen Personalmangel als jede Imagekampagne.“

Verbesserungen verschoben

Die Pflege in der Steiermark ist teuer, beim Personalschlüssel

ist unser Bundesland Schlusslicht. Verbesserungen sind seit langer Zeit angekündigt. Auf Drängen der Heimbetreiber hat die Landesregierung im Jänner erneut die Aufstockung des Personals verschoben.

Die Kostenentwicklung bei den privaten, gewinnorientierten Pflegeheimen ist besorgniserregend. Zwischen 2005 und 2013 sind die Kosten um 300 Prozent gestiegen. Im selben Zeitraum wuchsen die Kosten bei den landeseigenen Heimen nur um 58 Prozent. In der Steiermark werden die meisten Heime gewinnorientiert betrieben. Das Geld kommt aber fast ausschließlich von der öffentlichen Hand.

Um die Abhängigkeit von privaten Anbietern zu verringern, kündigte der ehemalige Pflegelandsrat Drexler (ÖVP) an, aus diesem System auszusteigen. Aber: Die Verträge mit den privaten Heimbetreibern sind so gestaltet dass Änderungen kurzfristig nicht möglich sind. Damit bleibt in diesen Heimen das sogenannte „Normkostenmodell“ bestehen. Darin ist zB. festgehalten, dass Heime einen Zuschlag für die Küche bekommen, auch wenn in Wirklichkeit tiefgekühlte Speisen bezogen werden. Das

ist der Hauptgrund für die so stark steigenden Kosten.

Personalschlüssel

Wenigstens in einem Punkt gab es gute Signale: Der Personalschlüssel, bei dem die Steiermark hinterherhinkt, soll angehoben werden. 2017 wurde eine Vereinbarung zwischen Land und Pflegeheimbetreibern getroffen, dass der Personalschlüssel ab 1. Februar 2020 verbessert werden soll.

Diese dringend notwendige Verbesserung wurde aber von der neuen Pflegelandsrätin Juliane Bogner-Strauß (ÖVP) auf Spätherbst 2020 verschoben –

auf Wunsch der Heimbetreiber, das ist kein Geheimnis.

Claudia Klimt-Weithaler: „Eine Anhebung des Personalschlüssels ist dringend notwendig. Eine Verschiebung schadet dem überlasteten Personal und damit auch den pflegebedürftigen Menschen, auf die sich die Personalknappheit auswirkt. Dass sich das Land bedingungslos gewinnorientierten Anbietern ausgeliefert hat, rächt sich jetzt. Dieses System kostet die Öffentlichkeit viel Geld, aber nur wenige profitieren davon.“

Deshalb wird sich die KPÖ weiter für Verbesserungen einsetzen und darauf drängen, dass Vereinbarungen eingehalten werden.



Pflege zuhause: Vorbild Graz

Pflege ist das Thema, das vielen Steirern unter den Nägeln brennt. Pflege zuhause ist für viele schwer leistbar und bei vielen Heimen gibt es nur noch Wartelisten. Seit die KPÖ in Graz mit Robert Krotzer den Pflegestadtrat stellt, wurden einige Verbesserungen umgesetzt. Die KPÖ macht sich dafür stark, dass diese Erleichterungen steiermarkweit umgesetzt werden.

Graz ist Vorreiterin bei der Entlastung der Pflege zuhause

„Niemand soll gezwungen sein, aus finanziellen Gründen in ein Heim zu gehen, weil er sich das tägliche Leben nicht mehr leisten kann, wenn er mobile Pflege voll bezahlen muss“, sagt der Grazer Pflegestadtrat Robert Krotzer.

In Graz wurde vor anderthalb Jahren eine Zuzahlung eingeführt: Egal, in welchem Umfang jemand mobile Pflegedienste (Hauskrankenpflege, Pflegeassistenz oder Heimhilfe) in Anspruch nimmt, es bleibt ihm jedenfalls die Höhe der Mindestpension von 917,49 Euro für Miete und Lebensalltag.

Länge zuhause bleiben

Wenn alte Menschen durch die mobilen Dienste länger zuhause eigenständig leben können ist das ein Zugewinn für die gesamte Gesellschaft. Die KPÖ fordert, das Erfolgsmodell auf die ganze Steiermark auszuweiten. *„Es kann nicht sein, dass pflegebedürftige Menschen aus Fohnsdorf, Voitsberg oder Feldbach schlechter gestellt sind, als jene in Graz“*,

betont Claudia Klimt-Weithaler.

Zwei Drittel der steirischen Pflegeheime werden von privaten Anbietern betrieben, die Gewinne einfahren wollen – in wesentlicher Grund für die hohen Kosten.

„Die Pflege ist zu einem Geschäft geworden, wie das skandalöse Inserat in einer Wirtschaftszeitung zeigt (siehe Faksimile unten). Bezahlt wird alles von der Öffentlichkeit. Die Beschäftigten arbeiten mit Herzblut und Hingabe – aber viel zu oft am Rande ihrer Kräfte“, weiß Krotzer.

„Zu teuer“ oder „kein Geld“ heißt es immer, wenn Ausreden gebraucht werden, warum eine Arbeitszeitverkürzung oder gerechtere Gehälter für Pflegebedienstete nicht möglich seien. „Dabei sind gute Arbeitsbedingungen und gute Pflege zwei Seiten einer Medaille. Andere Rahmenbedingungen sind dringend nötig“, betont Klimt-Weithaler.

Pflegedrehscheibe

Ein umfassendes Angebot bietet die Pflegedrehscheibe der Stadt Graz, um so die optimale und individuell passende Pflege zu ermöglichen: Dabei arbeitet sie mit allen wichtigen Stellen zusammen: mit der Hauskrankenpflege, Heim- und Pflegedienstleitungen, Sozialarbeitern, Ärzten, aber auch Gerichten und der Polizei.

Die Pflegedrehscheibe ist nicht nur Vorreiterin, sondern auch Vorbild. Bis Ende 2020 soll es in jedem Steirischen Bezirk eine solche Einrichtung geben, freut man sich bei der KPÖ.

Pflegeheime zu verkaufen.
Voll in Betrieb. Hohe Rendite.
M: 0664 / [REDACTED]

Profite auf Kosten der Beschäftigten und der Menschen, die gepflegt werden: Ganz unverhohlen wird im Wirtschaftskammer-Blatt Steirische Wirtschaft mit der „hohen Rendite“ eines Pflegeheims geworben.

Kommentar von Philipp Ulrich

Zeit für die 35-Stunden-Woche!



Kaum ein Thema ist so wichtig wie unser Kampf für eine 35-Stunden-Woche. Kaum eine Berufsgruppe hat für ihre Anliegen einen so starken Rückhalt in der Bevölkerung vorzuweisen und kaum eine Gewerkschaft bekommt einen so starken Gegenwind von Seiten der Wirtschaft bzw. den Arbeitgebern zu spüren. Bereits sechs Mal wurde ohne Erfolg verhandelt und langsam beginnen die Nerven auf Arbeitgeberseite blank zu liegen. Während wir Menschen im Pflege- und Sozialbereich durch verschiedene Protestaktionen unseren Forderungen Nachdruck verleihen und Tag für Tag demonstrieren, dass wir nicht aufgeben werden, zeichnen sich auf Arbeitgeberseite dünne Risse in der Mauer des Stillstandes ab.

Nur „Bares“ zählt

Wenig überraschend sind es nicht die großen Träger im Sozialbereich, welche sich gegen die Arbeitszeitverkürzung aussprechen, sondern die kleinen profitorientierten Einrichtungen, die sich um ihren Gewinn sorgen. Jene Einrichtungen, die in Zeitungen ihre Heime mit dem Argument „hohe Rendite“ weiterverkaufen möchten oder künftig Pflegekräfte in Marokko anwerben wollen. Jene Einrichtungen, die bei uns Pflegern, Alten- bzw. Behindertenbetreuer und Sozialpädagogen einen mehr als berüchtigten Ruf in der Branche haben.

„Da kann ja jeder kommen“

Genau diese Einrichtungen sind das wichtigste Bollwerk gegen eine 35-Stunden-Woche. Denn längst ist klar und wird gar nicht in Abrede gestellt, dass das Verhandlungsergebnis im Sozialbereich richtungsweisend für alle anderen Berufsgruppen sein könnte. Die Angst vor einem Türöffner für andere Branchen scheint so hoch zu sein, dass alle Hebel in Bewegung gesetzt werden um einen erfolgreichen Abschluss zu verhindern. Obwohl sämtliche Studien belegen, dass Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich die Gesundheit und Produktivität erhöhen, dürfte die grenzenlose Gier in manchen Chefetagen nach wie vor an oberster Stelle stehen. Wir werden sie jedoch daran erinnern, dass unsere liebevolle Arbeit von Menschen, mit Menschen nicht mehr umsonst ist.



Philipp Ulrich ist Dipl. Sozialbetreuer, Behindertenbetreuer & Pflegeassistent. Betriebsrat Lebenshilfen Soziale Dienste.

Ärztmangel ist Realität

In den Bezirken Murtal und Murau besteht seit mehreren Jahren ein Mangel an Kassenärzten. Von dem Mangel sind sowohl Allgemeinmediziner als auch Fachärzte betroffen. Am gravierendsten wirkt sich der Mangel im Bereich der Frauen- und der Kinderärzte aus.



Im Bezirk Murtal gibt es nur einen Kassenarzt für Frauenheilkunde für 50.000 Frauen. Eine ausgeschriebene Startprämie für neue Kassenärzte in Höhe von 70.000 Euro blieb bislang ohne Erfolg. Auch bei den Kinderärzten stehen aktuell nur zwei Kassenärzte im Bezirk Murtal zur Verfügung. Oft bleibt nur der Weg zum Wahlarzt, das ist für Menschen mit geringem Einkommen ein großes Problem.

Um eine Übergangslösung zu finden wurde von der KPÖ in Knittelfeld, Spielberg und Zeltweg eine Übernahme der Kosten durch den Sozialhilfverband gefordert. Seit Herbst 2019 läuft eine Unterschriftenaktion. Von Privatpersonen wurden rund 3.200 Unterschriften gesammelt mit dem Ziel einer Refundierung

der Wahlartskosten durch einen Fonds. Die Unterschriften wurden mittlerweile im Landhaus übergeben.

Langfristig muss sogar mit weniger Kassenarztstellen gerechnet werden, im „Regionalen Strukturplan Gesundheit 2025“ sind für die Bezirke Murau und Murtal nur mehr 48 Planstellen statt der bisherigen 59 vorgesehen. Die KPÖ lehnt jede Verschlechterung der Gesundheitsversorgung ab.

Um über die Probleme im Gesundheitswesen zu diskutieren, lade Ich Sie zu unserer Veranstaltung „Unser krankes Gesundheitssystem“, am 17. März herzlich ein.

KPÖ-Gemeinderätin Elfriede Wieser, Fohnsdorf

Liezen und Murtal verlieren ab dem Jahr 2025 Hausärzte

In den Bezirken Liezen und im Murtal sind zukünftig deutlich weniger Planstellen für Kassenstellen für Allgemeinmedizin vorgesehen. Das wurde Ende Jänner bekannt.

Statt derzeit 45 Kassenstellen für Allgemeinmedizin soll es in Liezen laut RSG (Gesundheitsplan des Landes) ab 2025 nur mehr 26 Kassenstellen geben. Zusätzlich sieht der RSG bis 2025 vier so genannte Primärversorgungseinheiten vor, mit denen die Verringerung um 19 Einzelordinationen ausgeglichen werden soll. Im Murtal sind statt der bestehenden 63 Kassenplanstellen nur mehr 48 vorgesehen, dazu kommen drei Primärversorgungseinheiten.

Eine Primärversorgungseinheit mit zwei bis drei Kassenärztinnen und -ärzten wird im steirischen Gesundheitsplan so bewertet wie fünf (!) niedergelassene Ärzte. In keinem anderen Bundesland wird das für möglich gehalten.

Landesrätin Bogner-Strauß erklärte, dass im Bezirk Liezen

und im Murtal aufgrund sinkender Bevölkerungszahlen „kein Wachstum geplant“ sei. Mit diesen Worten soll verschleiert werden, dass es zu einem Abbau von Stellen kommt.

Bogner-Strauß spielte den Ball an Ärztekammer und ÖGK weiter, die nicht genügend Planstellen besetzen. Und was Bogner-Strauß nicht dazu sagt: In den Primärversorgungseinheiten sind nicht zwangsläufig Kassenärzte tätig. Die Leistungen stehen also unter Umständen nur jenen zur Verfügung, die auch privat dafür bezahlen können.

„Dass die schrumpfende Bevölkerung als Argument für den Abbau von Planstellen herhalten muss, zeigt das Dilemma dieser Regierung. Wenn Schulen und Krankenhäuser geschlossen werden, sehen viele keine Zukunft mehr und wandern ab. Statt sich zu überlegen, wie man aus diesem Teufelskreis ausbrechen kann, beschleunigt die Landesregierung die Ausdünnung der ländlichen Regionen“, bringt KPÖ-LAbg. Claudia Klimt-Weithaler die Entwicklung auf den Punkt.



Einladung zur Diskussion in Fohnsdorf

Unser krankes Gesundheitssystem

mit Martin Schriebl-Rümmele,
Gesundheitsjournalist

und KPÖ-Landtagsabgeordneter
Claudia Klimt-Weithaler

Di. 17.3.2020, Beginn: 18.00 Uhr
Resti Fohnsdorf, Josefiplatz 3

22. März 2020: Eine wichtige Stimme

So geht die KPÖ in die Gemeinderatswahlen

Die KPÖ kümmert sich in den Gemeinderäten um die großen und kleinen Probleme des täglichen Lebens. Sie tritt für erschwingliche Gebühren für kommunale Dienstleistungen ein und lehnt die Privatisierung von Gemeindeeigentum ab. Schwerpunkt der KPÖ sind Kontrolle der Gemeindepolitik und Information der Bevölkerung.

Am 22. März 2020 finden in der Steiermark Gemeinderatswahlen statt. Ausgenommen ist nur die Landeshauptstadt Graz, wo die KPÖ zweitstärkste Kraft ist. Die KPÖ steht in 37 Gemeinden auf dem Stimmzettel und ist somit für rund 250.000 Steirerinnen und Steirer wählbar. So viele waren es bei Gemeinderatswahlen noch nie.

Bezirk Bruck-Mürzzuschlag

Im **Bezirk Bruck-Mürzzuschlag** kandidiert die KPÖ in sechs Gemeinden. Derzeit hält die KPÖ sieben Mandate in vier Städten.

In **Bruck an der Mur** möchte Gemeinderat Jürgen Klösch ein zweites Mandat gewinnen, das 2015 sehr knapp verpasst wurde. Klösch möchte vor allem die Vergabe der Gemeindewohnungen transparenter gestalten und fordert eine Volksbefragung beim Projekt Schulcampus.

In **Kapfenberg** kämpft Spitzenkandidat und KPÖ-Gemeinderat **Clemens Perteneder** darum, weiterhin mit zwei Mandaten im Gemeinderat vertreten zu sein. Die KPÖ ist hier bekannt für ihre kostenlose Mieter- und Sozialberatung.

In **Kindberg** steht zum ersten Mal **Mario Zver** an der Spitze, er verteidigt das 2015 gewonnene Mandat und setzt sich im Gemeinderat besonders für sozial verträgliche Gebühren ein.



Konsequent. Kritisch. Klösch.



**SOZIAL.
GERECHT.
FÜR EUCH.**

Mürzzuschlag-Hönigsberg



In **Mürzzuschlag**, wo KPÖ-Gemeinderat **Franz Rosenblattl** seit Jahrzehnten gute Arbeit leistet, hofft die KPÖ ihre drei Mandate zu halten. Mit dem Wohnressort konnte die KPÖ dort vieles erreichen.

In **St. Barbara im Mürztal** stellt sich **Rudolf Muri** der Wahl und hofft auf ein gutes Ergebnis in der 2015 zwangsfusionierten Gemeinde.



In **Tragöß-St. Katharein**, wo es bisher keine KPÖ-Kandidatur gab, stellt sich **Hilde Huber** der Wahl.

Bitte Hingehen und wählen:
Am 24. März oder
am vorgezogenen Wahltag 13. März.



KPÖ

Weststeiermark

In der **Weststeiermark** tritt die KPÖ bei den Gemeinderatswahlen in sechs Kommunen an.

In **Deutschlandsberg** gelang 2015 der Einzug in den Gemeinderat, KPÖ Gemeinderat **Walter Weiss** will sein Mandat verteidigen. Ihm ist es ein Anliegen, dass bei Großprojekten wie dem geplanten Hallenbad die Bevölkerung eingebunden wird.

In der weststeirischen Gemeinde **Edelschrott** steht mit **Ulrich Sonnleitner** erstmals ein Vertreter der KPÖ auf dem Stimmzettel.

In **Köflach** gelang 2015 der Einzug in den Gemeinderat. Durch die Verkleinerung des Gemeinderats ist es eine besondere Herausforderung, das Mandat zu halten. Neuer Spitzenkandidat ist **Gerhard Pagger**.

Auch im weststeirischen **Ligist** ist die KPÖ neu am Stimmzettel. **Anita Hentsch** hofft auf den erstmaligen Einzug.



In **Rosental an der Kainach** steht mit **Daniela Bernsteiner** eine neue Kandidatin zur Wahl.

In **Voitsberg** verteidigt die KPÖ ein Mandat, neue Spitzenkandidatin ist **Sabine Wagner**, sie wird von einem tollen Team rund um Gemeinderätin **Hilde Tragler** unterstützt.



Initiative – Kontrolle

Oststeiermark

In der **Oststeiermark** kandidiert die KPÖ in drei Gemeinden: In **Feldbach**, **Sinabelkirchen** und **Straden**.

In **Feldbach** stellt sich **Markus Pendl** (Foto rechts oben) der Wahl und hofft, ein Mandat zu erreichen.

In **Sinabelkirchen** tritt erstmals der Diplomkrankenschwäger **Martin Reinbacher** (Foto rechts unten) an.

In **Straden**, wo die KPÖ bisher nicht vertreten war, stellt sich **Wolfgang Gollner** der Wahl.



Bezirk Leoben

Der **Bezirk Leoben** ist eine Hochburg der KPÖ. In fünf Gemeinden hält die KPÖ 14 Mandate, ist in **Trofaia** und **Eisenerz** zweitstärkste Partei, wo sie jeweils die Vizebürgermeisterin stellt, und stellt zusätzlich in Leoben einen Stadtrat.

In **Eisenerz** gelang 2015 mit dem inzwischen verstorbenen Spitzenkandidaten **Karl Fluch** ein Rekordergebnis. **Vizebürgermeisterin Anna Skender** möchte die gute Arbeit für die Bevölkerung fortsetzen.

In **Leoben** hält die KPÖ drei Mandate. Das Stadtratsmandat von **Werner Murgg** war nur knapp abgesichert. Wahlziel ist es, diese Position zu verteidigen.

In **Niklasdorf** war die KPÖ bisher nicht im Gemeinderat vertreten. Das möchte der Arbeiter **Ismail Koc** diesmal ändern.



In **St. Michael in der Obersteiermark** gibt es mit **Hüseyin Kay** einen neuen Kandidaten, der das KPÖ-Mandat verteidigen möchte.

Arbeiterbetriebsrat **Uwe Süß** ist Gemeinderat in **St. Stefan ob Leoben** und möchte sich weiterhin für die Bevölkerung einsetzen.

In **Trofaia**, wo die KPÖ zweitstärkste Fraktion ist, möchte Spitzenkandidatin Vizebürgermeisterin **Gabi Leitenbauer** weiterhin stark vertreten bleiben.

olle – Information

Graz-Umgebung:

Gebührenerhöhungen, Verkehrsanbindung, Wohnkosten und Kinderbetreuung – die Herausforderungen an die Gemeinden im Bezirk Graz-Umgebung sind vielfältig.

Die Gebühren sind ein großes Thema in **Gratwein-Straßengel**, wo die KPÖ mit Spitzenkandidat **Phillip Reininger** um den Einzug in den Gemeinderat kämpft: „Bei uns gab es eine Teuerung der Wassergebühren um bis zu 50 Prozent, beim Müll sind wir bei bis zu 40 Prozent. Gutverdienern fällt das gar nicht auf, aber Menschen, denen es weniger gut geht, kämpfen bereits mit ihren monatlichen Zahlungen!“ Nicht zuletzt deshalb brauche es die KPÖ im Gemeinderat – auch das Thema Wohnen gewinnt in Gratwein-Straßengel immer mehr an Bedeutung. Kommunaler Wohnbau ist rar, die Wohnkosten von vielen Menschen steigen hingegen stetig.

Eine soziale Stimme im Gemeinderat möchte KPÖ-Kandidatin **Maria Müller** in **Seiersberg-Pirka** sein. Sie hat bereits vor fünf Jahren für die KPÖ kandidiert und tritt diesmal als Spitzenkandidatin an.

In **Lieboch** tritt **Gerald Gramm** für die KPÖ an. „Die Gemeinde ist jener Ort wo direkte Demokratie gelebt wird“, erklärt der Kandidat seinen Zugang. Besonders wichtig sind ihm die Themenbereiche Transparenz, leistbares Wohnen und kommunale Dienstleistungen.

Tommy Blengl aus **Frohnleiten** will als KPÖ-Kandidat unter anderem auf die prekäre Situation bei der Kinderbetreuung hinweisen: „Teilweise müssen Eltern mit ihren Kindern in andere Gemeinden ausweichen. Das Angebot kann den Bedarf nicht decken, hier besteht Handlungsbedarf!“



Auch in **Gössendorf** steht die KPÖ wieder am Stimmzettel. Spitzenkandidat **Josef Url** fordert unter anderem eine bessere Anbindung durch den Öffentlichen Verkehr in den Abendstunden und an Sonn- und Feiertagen.

Erstmals tritt die KPÖ in **Kumberg** an, die Kandidatin Daniela Nocnik hofft auf den Einzug in den Gemeinderat.

In **Vasoldsberg** geht **Danijela Auer** als KPÖ-Spitzenkandidatin ins Rennen.

In **Hausmannstätten** ist **Elfriede Schuster** KPÖ-Spitzenkandidatin.



Bezirk Murtal

Im **Bezirk Murtal** tritt die KPÖ in folgenden Gemeinden an:

In **Fohnsdorf** konnte Elfi Wieser als konsequente Oppositionspolitikerin immer wieder Missstände aufzeigen und hofft auf ein neuerliches gutes Wahlergebnis in der ehemaligen Bergbaugemeinde.

In **Judenburg** hält die KPÖ zwei Mandate. Das Team rund um **René Windegger** möchte beide Mandate halten, obwohl der Gemeinderat verkleinert wurde. Die langjährige frühere Gemeinderätin **Christine Erschaumer** tritt auf Listenplatz 2 an.

In **Knittelfeld** ist die KPÖ mit Stadträtin **Renate Pacher**

traditionell stark verankert. Wahlziel ist es, alle fünf Mandate zu halten.

Im benachbarten **Kobenz** kandidiert die KPÖ erstmals, Kandidat ist **Georg Lehrmayer**.

In **Spielberg**, wo die KPÖ mit zwei Mandaten im Gemeinderat vertreten ist, ist das erklärte Ziel von Gemeinderat **Erich Wilding**, beide Positionen zu halten.

Zwei Mandate zu verteidigen ist das Ziel in **Zeltweg**, wo sich Gemeinderat Peter Lorberau als Spitzenkandidat der Wahl stellt.

Bezirk Liezen

Im **Bezirk Liezen** kandidiert die KPÖ erstmals seit langem in zwei Gemeinden. In **Rottenmann** gibt es eine neue Kandidatur für die KPÖ. Das Team um **Johann Ploder** kämpft nicht nur gegen die Schließung des Spitals, sondern für den erstmaligen Einzug in den Gemeinderat.

In der traditionellen Bergstadt **Trieben** geht Gemeinderat Michael Jansenberger mit einem starken Team ins Rennen.



Johann, Ploder, Kandidat der KPÖ in Rottenmann zur Erhaltung des LKH in der Stadt: „Wir müssen weiter an einem Strang ziehen. Dazu gehört auch, dafür zu sorgen, dass die KPÖ auch bei uns in der Gemeinde eine starke Stimme wird.“

KPÖ

**Ehrlich
Konsequent
Kompetent**

☒ StR. Ing. Renate Pacher – KPÖ

KPÖ

**Gebühren-
erhöhungen**

Privilegien

**Freunderl-
wirtschaft**

STOP

NICHT MIT UNS!

BEI DER GEMEINDERATSWAHL ☒ KPÖ

Betriebskrankenkassen: Wichtige Errungenschaft geht verloren

Mit der Zusammenlegung der Krankenkassen zur Österreichische Gesundheitskasse (ÖGK) wurden auch die Betriebskrankenkassen (BKK) zerschlagen. Als ehemaliger Beschäftigter der Voest-Alpine Zeltweg habe ich, wie zehntausende andere, die Vorteile einer Krankenkasse, direkt beim Betrieb kennengelernt.

Die Beschäftigten der BKKs wurden von den Firmen bezahlt und standen ständig für unsere Anliegen zur Verfügung. Wenn zum Beispiel jemand Krücken oder einen Rollstuhl gebraucht hat, war das nie ein großer Aufwand. Auf diese schnelle, unbürokratische Hilfe müssen wir in Zukunft leider verzichten. Das Büro der BKK am Werksge-

lände in Zeltweg wurde bereits geschlossen.

Die Umstellung auf das neue System ist aufwendig und kostspielig – die Leidtragenden sind die Versicherten.

Schon jetzt ist klar, die sogenannte Patientenmilliarde, die aus den Einsparungen durch die Zusammenlegung kommen sollte, wird es nicht geben. Stattdessen kostet die Vereinigung über eine Milliarde Euro. Zahlen werden die Versicherten, also wir alle. Wir müssen damit rechnen, dass es zu massiven Verschlechterungen bei den Leistungen kommt.

Was auch klar sein muss: Die Kassen können nicht mehr ausgeben als sie einnehmen. Die Beiträge der Unternehmer werden gesenkt, gleichzeitig sinken die Löhne der Arbeitenden. Wer gute Leistungen haben will, muss für höhere Löhne kämpfen und



aber noch unklar. Die Beschäftigten werden im Dunkeln gelassen, was mit ihrem Geld passiert.

Die KPÖ hat sich gegen die Zusammenlegung der Krankenkassen ausgesprochen. Ich habe im Zeltweger Gemeinderat beantragt, einen Appell an die Parlamentsparteien zu richten, die Betriebskrankenkassen zu erhalten. Er wurde mit den Stimmen von SPÖ und KPÖ beschlossen. Leider blieb der Appell ungehört. Ein Schaden für alle arbeitenden Menschen.

**Peter Lorberau,
KPÖ-Gemeinderat in Zeltweg**

darf die Unternehmer nicht aus ihrer Verantwortung entlassen.

Die Mehrleistungen der Betriebskrankenkassen sollen – vorläufig – erhalten bleiben. Die BKKs verfügen immerhin über ein Vermögen von 100 Millionen. Dieses wird in eine Stiftung überführt, was das genau bedeutet ist



Gesundheitskasse: Der große Schwindel von ÖVP und FP

Erinnern Sie sich? Die Schwarz-Blaue Regierung versprach, dass die Zentralisierung der **Gebietskrankenkassen** zu einer einzigen Gesundheitskasse den Versicherten eine Milliarde an Kosten sparen würde – die sogenannte „Patientenmilliarde“. Herausgekommen ist, wovor viele gewarnt haben: das glatte Gegenteil. Die Kosten der Zentralisierung laufen aus dem Ruder. Statt plus eine Milliarde, minus 1,7 Milliarden bis 2024! Den Versicherten könnte das bald teuer zu stehen kommen.

Sozialminister Rudolf Anschöber antwortete kürzlich auf eine parlamentarische Anfrage, dass die Fusionskosten bei der Gesundheitskasse alleine heuer

ein Minus von 175,3 Millionen Euro ausmachen. Bis 2024 summiert sich das Minus gar auf 1,7 Milliarden Euro (sh. Tabelle). Vor der Reform im Jahr 2018 machten die einzelnen Gebietskrankenkassen noch ein Plus von 111 Millionen Euro.

Jetzt will die neu eingesetzte Führung der ÖGK „den Gürtel enger schnallen“. Das könnten die Versicherten sehr bald zu spüren bekommen. Gemeinderat Peter Lorberau (KPÖ): *„Den Versprechungen, dass es zu keinen Beitragserhöhungen, Selbstbehalten oder Leistungskürzungen kommen wird, ist wohl ebenso wenig zu trauen, wie der versprochenen Patientenmilliarde, die sich in Luft aufgelöst hat.“*

— HELFEN STATT REDEN —

**GESUNDHEIT NICHT
KRANKSPAREN**

WENN DU ES WILLST

...

IN DER STEIERMARK **KPÖ**

Werk Trieben wird ausgelöscht: Jetzt ist Solidarität notwendig

„Alle unsere Warnungen haben sich bestätigt, unsere schlimmsten Befürchtungen sind übertroffen worden“, sagt der Triebener KPÖ-Gemeinderat **Michael Jansenberger**. Die Führung des RHI-Magnesita Konzerns will den Standort Trieben faktisch zerschlagen. Nach mehreren Kündigungswellen sollen nun weitere 100 Beschäftigte abgebaut werden. Von 260 Beschäftigten im Jahr 2018 sollen bis Mitte des Jahres 2020 nur mehr 20 übrig bleiben.

Jansenberger: „Dabei hat die

Firma RHI-Magnesita um den Gusenbauer-Vertrauten und Milliardär Martin Schlaff den Gewinn im ersten Halbjahr 2019 um 83 Prozent auf 165 Millionen Euro gesteigert. Die Dividenden für die Aktionäre steigen. Unser Werk mit seiner großen Tradition in Trieben darf nicht aus Profitgier zerschlagen werden. Wir haben immer wieder vor dieser Entwicklung gewarnt und die Entscheidungsträger auf allen Ebenen zu entschlossenem Handeln aufgefordert. Man ist aber auf die Hinhaltetaktik des Unternehmens

hereingefallen.“

Der KPÖ-Politiker, der selbst im Werk gearbeitet hat, betonte, dass in Trieben vier Schachtöfen, zahlreiche Pressen, Tunnelöfen und sämtliche Maschinen zur Bearbeitung vorhanden sind. Notfalls könnte man sogar den Bergbau reaktivieren: „Für die Eigentümer geht es aber um die Profitmaximierung auf Kosten der Bevölkerung.“

Jansenberger betonte, dass sich

Trieben jetzt Zeichen der Solidarität von den verantwortlichen Politikern erwartet und darauf hofft, dass die Beschäftigten und die Betriebsräte der RHI-Magnesita-Standorte in der Steiermark (Veitsch, Breitenau und Leobengöss) nicht mit einem Achselzucken zuschauen, wie der Standort

Trieben zu Tode gekündigt wird: „Heute trifft es uns, morgen kann es auch sie selbst treffen, wenn es in die Konzernstrategie passt. Um unsere Arbeitsplätze müssen wir kämpfen. Auch die Landesregierung darf sich jetzt nicht taub stellen, sondern muss sich für uns einsetzen.“



Trump und die EU streiten: Arbeitsplätze in Kindberg in Gefahr

„Unsere Arbeitsplätze im Ort und die Zukunft unserer Betriebe dürfen nicht von den Launen des US-Präsidenten und vom aktuellen Stand der Handelskriege abhängen.“ Das sagte der Kindberger KPÖ-Gemeinderat Mario Zver zur Ankündigung von Voestalpine Tubulars, über 900 Beschäftigte am Standort Kindberg in Kurzarbeit zu schicken.

Dabei sind Ölfeldrohre ein weltweit gefragtes Produkt. Jetzt rächt sich die einseitige Orientierung auf den US-Markt.

KPÖ-Gemeinderat Mario Zver verglich diese Entwicklung mit den sicheren Arbeitsplätzen, die seinerzeit durch langfristige Lieferverträge mit der Sowjetunion geschaffen worden waren. Mehr privat, weniger Staat: Das kann für die Menschen auch negative Folgen haben.

Die KPÖ fordert die Landesregierung, ÖGB und AK auf, alles zur Sicherung der Arbeitsplätze in der Region und des Lebensstandards der Arbeiter und Angestellten bei Voestalpine Tubulars in Kindberg zu unternehmen.

KPÖ-Kandidaten in Kindberg: Gemeinderat Mario Zver (mitte), Karl Dirnbacher (links), Sebastian Lehr (rechts).





Georg Lehrmayer

Unterstützung bei Taxifahrten

Als Taxifahrer weiß ich: Viele, vor allem ältere, Menschen sind auf uns angewiesen um mobil zu bleiben. Durch eine Verordnung des Landes sind die Preise für Fahrten zum Teil erheblich gestiegen. Für einkommensschwächere Fahrgäste ist das natürlich ein Problem.

In Knittelfeld gibt es Taxigutscheine für Menschen mit geringem Einkommen bzw. körperlicher Einschränkung, diese wurden auf Initiative der KPÖ verbessert und angehoben. Ein solches Projekt möchte ich auch in Kobenz anregen, wenn ich in den Gemeinderat gewählt werde. **Georg Lehrmayer, KPÖ-Spitzenkandidat in Kobenz bei Knittelfeld**

Daniela Nocnik, KPÖ Gemeinderatskandidatin in Kumberg:

„Wir sind in Kumberg am Anfang einer Reise. Deshalb können wir in der Gemeinde keine Bäume ausreißen. Wir können aber haltbare Pflanzen setzen und Wurzeln schlagen. Überall wo die KPÖ vertreten ist, sorgt sie für Information durch ihre Ortszeitungen, sie sorgt für Kontrolle und hat in einigen Gemeinden den Vorsitz im Prüfungsausschuss.“



Die kriselnde EU soll künftig durch Aufrüstung gestärkt werden.

Die EU rüstet auf

Alle reden vom Streit um das Budget der EU. Was in den Medien aber nicht vorkommt: Die EU rüstet massiv auf, Militärausgaben werden nicht in Frage gestellt.

Für den EU-Rüstungsfonds 2021 bis 2027 sind 13 Milliarden Euro budgetiert, wobei unbemannte Systeme, Satelliten, Marine und Drohnen einen Schwerpunkt bilden. Rüstungsforschung macht 4,1 Mrd. aus, die Rüstungsentwicklung soll

sich auf 8,9 Mrd. belaufen. Das alles zahlen die Mitgliedstaaten, insgesamt 50 Milliarden Euro. Und am Ende ist das Teuerste noch gar nicht mitgerechnet: der Einkauf dieser Waffen. Bedeutend ist, dass Rüstung erstmals Teil des EU-Budgets ist.

Ein ebenso neuer Posten im EU-Budget 2021-2027 ist die *Military Mobility*. Dafür stehen 6,5 Milliarden Euro zur Verfügung, um die Infrastruktur militärtauglich zu machen. Das bedeutet unter anderem: Unsere Autobahnen sollen panzertauglich werden.



„Helfen statt reden“ ist ein Grundsatz der KPÖ. So etwa bei der Sozialberatung für den Bezirk Graz-Umgebung in Gratwein mit KPÖ-Kandidaten Phillip Reiningger und der Landtagsabgeordneten Claudia Klimt-Weithaler.

Was uns auf- und einfällt...

... dass wir keine ÖVP-Alleinregierung haben, sondern eine **Koalition**. In der Politik merkt man davon nichts. Wenn sie an der Macht sind, machen die Schwarzen, was sie wollen.



...dass die Rezeptgebühr auf 6,30 Euro **gestiegen** ist, um 3,2 Prozent. Der Zentralverband der Pensionisten fordert ein Ende der Indexanpassung bei der Rezeptgebühr.



...dass eine EU-weite **Plastiksteuer** gut klingt. Man darf aber nicht vergessen, dass Brüssel damit einen großen Schritt in Richtung Superstaat macht. Steuern werden bisher nur von den Mitgliedsstaaten eingehoben.



...dass das **Lkw-Fahrverbot** im Ennstal Wirkung zeigt. Es ist höchste Zeit für ein Lkw-Fahrverbot über den Hohentauern.



...dass ÖVP und Grüne die erst im September 2019 beschlossene **Hacklerregelung** wieder abschaffen wollen.



...dass der bisherige FP-Bürgermeister des **RHI-Standortes Breitenau** am 22. März bei der Gemeinderatswahl nicht mehr antritt. Als Grund gibt er den Wirbel um Strache an.



...dass die eigene Parteivorsitzende die SPÖ in Interviews als einen **Intrigantenhaufen** beschreibt.



Asbest: Strengere Regeln nötig!

Das hochgiftige Material Asbest ist seit 2003 verboten und muss unter besonderen Sicherheitsvorkehrungen entsorgt werden. In Frohnleiten geschah dies offenbar nicht immer korrekt, die Lagerung erfolgte „unsachgemäß und teilweise ungesichert“ in offen herumliegenden Säcken. Das wurde im Jahr 2018 bekannt. Die Kritik der KPÖ wurde damals von der Landesregierung als ungerechtfertigt abgetan. Inzwischen ist aber klar, dass die Vorgänge doch nicht so harmlos waren.

Asbest ist eine Sammelbezeichnung für verschiedene natürlich vorkommende, faserförmige kristallisierte Silikat-Mineralien, die nach ihrer Aufbereitung Fasern unterschiedlicher Länge ergeben. Asbest wurde einst als „Wunderfaser“ angesehen, weil das Material eine große Festigkeit besitzt, hitze- und säurebeständig ist und hervorragend dämmt. Allerdings ist Asbest als Feinstaub eindeutig krebserzeugend. Die AUVA weist nachdrücklich darauf hin, dass selbst bei Einhaltung

der Grenzwerte das Krebsrisiko nur verringert, aber keineswegs beseitigt ist.

Das Problem bei Asbestvorkommen ist, dass sie meist nicht frühzeitig erkannt werden. Betriebe werden derzeit nicht regelmäßig kontrolliert bzw. werden nicht regelmäßig Stichproben genommen. KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler forderte daher ein Kontrollsystem und ein Asbestverzeichnis einzuführen, das öffentlich zugänglich ist.

„Der Asbestmüll kann man nicht wegzzaubern. Aber bei der Lagerung gibt es Möglichkeiten, die Sicherheit zu erhöhen und die Bevölkerung besser zu informieren. Das sollte schnell umgesetzt werden, denn in der Steiermark gibt es viel zu viele Asbest-Depotien“, so die KPÖ-Abgeordnete.

Die KPÖ fordert:

- ein allgemeines Minimierungsgebot für Asbest,
- ein gesetzlich vorgeschriebenes regelmäßiges Monitoring und
- ein öffentlich zugängliches Asbestkataster, das zur Information von staatlichen Stellen, Gewerkschaften, Betriebsräten, Unternehmen, Organisationen und Interessierten genutzt werden kann.



ZVP Zentralverband der Pensionisten SPRECHSTUNDEN

Mo. bis Do. von 10 bis 12 Uhr
Lagergasse 98a, 8020 Graz. E-Mail: zentralverband@kpoe-steiermark.at

☎ 0316/ 71 24 80 Voranmeldung erbeten.

Rat und Hilfe

- für ältere Menschen bei Anträgen um Pflegegeld, Pension.
- Ausfüllen von Formularen.
- Erklärung zur Arbeitnehmerveranlagung (=Jahresausgleich).
- Geselligkeit. Ausflüge, Reisen, Turnen.

Reisen und Ausflüge mit dem ZVP bei Ihrer Ortsgruppe

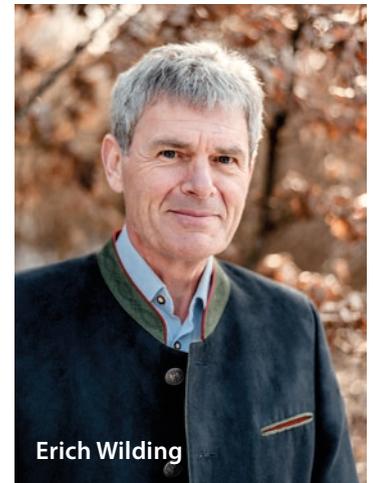
Fliegerhorst Zeltweg: der Lärmbelastung

Lärm stört. Laut Umfragen ist er für die Österreicher Störfaktor Nummer 1. Dauerhafte Lärmbelastung ist aber auch eine Gesundheitsgefährdung: Sie fördert Schlafstörungen, schädigt die Konzentrationsfähigkeit, begünstigt aber auch Stoffwechselprobleme und kann langfristig zu Kreislauferkrankungen führen. Kinder und junge Menschen, deren Gehör sich noch entwickelt, sind besonders anfällig.

Die Region Aichfeld ist stark von Lärm belastet. Autobahn, Eisenbahn, Red-Bull-Ring und Eurofighter beeinträchtigen die Lebensqualität und die Entwicklungsmöglichkeiten der Region.

Vor kurzem wurden die Einschränkungen in Spielberg deutlich. Die Gemeinde hat eine Flächenwidmungsplanänderung vorgenommen, um eine Kinderkrippe zu bauen. Das Bundesheer hat diese Änderung mit dem Hinweis auf geänderte Lärmzonen und eine gestiegene Lärmbelastung durch den Flugbetrieb des Fliegerhorstes Zeltweg beansprucht.

Am geplanten Standort, an dem sich auch eine Schule und ein Kindergarten befinden, beträgt die durchschnittliche Lärmbelastung laut neuester Lärmkarten nun 60 dB. Es werden sogar Spitzenwerte von 105(!) dB erreicht.



Erich Wilding

Das Bundesheer weitet die durch den Flugbetrieb belasteten Lärmzonen erheblich aus und nimmt die ganze Region dadurch in Geiselhaft. Nun befinden sich auch Wohngebiete und Kinderbetreuungsstätten in einer Zone, in der bei Neubauten gar nicht mehr gebaut werden dürfte.



Es wird bei den Eurofightern immer nur über Geld und Korruption geredet. Die Lärmbelastung der Menschen wird vergessen.



Massiver Anstieg zu erwarten

Für einen Ausstieg aus der Luftraumüberwachung durch Abfangjäger.



Aktion gegen militärische EU-Zusammenarbeit. Die österreichische Neutralität ist notwendiger denn je.

Die Ausweitung der Lärmzonen hat massive Auswirkungen auf die ganze Region. Neubauten und die Entwicklungsmöglichkeiten der Gemeinden sind davon

betroffen. In seiner Stellungnahme hat das Heer erklärt, dass mit einer Zunahme der Schallemissionen durch erhöhte Flugtätigkeit und neue, leistungsstärkere Flugzeuge zu rechnen ist.

2. Sicherheit der Militärluftfahrt

Das Militärkommando STEIERMARK teilt mit, dass gegen die ggstl. Absicht **keine Einwände** im Hinblick auf die Sicherheit der Militärluftfahrt erhoben werden, sofern auf

- die Sicherheitszone für den Militärflugplatz ZELTWEG und die aus der Sicherheitszonenverordnung erfließenden Beschränkungen,
- die aufgrund der möglichen Zunahme des stärkeren Militär-Flugbetriebes, insbesondere mit leistungsstärkeren Militärluftfahrzeugen, entstehenden Umweltbelastungen (Emissionen, Immissionen) und eine dadurch bedingte erhebliche Zunahme der Fluglärmbelastung im Umfeld des Militärflugplatzes ZELTWEG (für diesbezügliche Informationen steht das Bundesministerium für Landesverteidigung Sektion III/Abteilung für Umweltschutz zur Verfügung),
- bestehende An- und Abflugstrecken Bedacht genommen wird und dies in den Planungen seinen Niederschlag findet.

Das Amtsdeutsch des Bundesheeres ist nicht ganz leicht zu verstehen aber einfach gesagt: Das Bundesheer rechnet damit, dass es in der Region viel lauter wird.

Bei allen, die ein lebenswertes Aichfeld wollen, müssen die Alarmglocken läuten. Alle Politiker der Region müssen gegen eine Verschlechterung auftreten. Ziel muss eine deutliche Verbesserung der Lärmsituation sein. Es darf nicht sein, dass Militärflughafen, Red Bull Ring, Autobahn und alle anderen Verursacher völlig ohne Rücksicht auf die Bevölkerung der umliegenden Gemeinden betrieben werden.

KPÖ-Gemeinderat
Erich Wilding, Spielberg

Gegen den Willen der Bevölkerung hat die ÖVP-FPÖ-Regierung im Jahr 2000 den Kauf der Eurofighter durchgedrückt. Die SPÖ hat danach versprochen, aus dem milliardenteuren Kauf auszusteigen. Nach der Nationalratswahl war alles vergessen.

Der Kauf der Eurofighter war die größte militärische Beschaffung der Zweiten Republik. Kritiker des Ankaufs haben ausgerechnet, dass dieser Aufrüstungsschritt – Ankauf, Finanzierung, Betrieb und Infrastrukturkosten mit eingerechnet – rund sechs Milliarden Euro kostet. Schon beim Ankauf gab es den Verdacht, dass hier viel Schmiergeld geflossen ist. Nun ist – wieder einmal – von Bestechung und Schmiergeld die Rede.



Renate Pacher

Vor dem Ankauf wurde wirtschaftlicher Aufschwung durch Gegengeschäfte versprochen. Von neuen Arbeitsplätzen durch Gegengeschäfte war nichts zu spüren. Der Region Aichfeld-Murboden bleiben nur der Lärm und die Umweltbelastungen.

183,4 Millionen für Bestechungen sollen von EADS auf den Kaufpreis aufgeschlagen worden sein. Die österreichische Staatskasse hat demnach nicht nur das Kriegsgeschäft, sondern auch die Bestechungsmillionen bezahlt.

Ob in Bürgerinitiativen oder

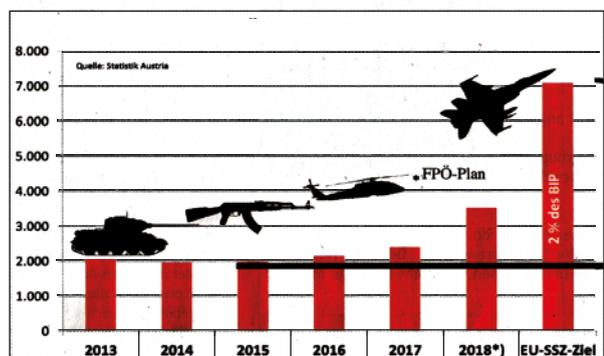
im Gemeinderat, die KPÖ hat immer gegen den Ankauf der Eurofighter gekämpft. Die Republik Österreich ein Recht auf Aufklärung, Schadenersatzzahlungen und die Nennung der Namen der 14 Verdächtigen. Das ist die eine Seite.

Darüber hinaus sind die Rücknahme der Eurofighter und die Rückerstattung des Kaufpreises anzustreben. Die KPÖ ist gegen die Luftüberwachung durch Abfangjäger. Wir lehnen sowohl die Aufrüstung der jetzigen Eurofighter als auch der Ankauf neuer Abfangjäger. Österreich ist ein neutrales Land mit EU-Ländern und der Schweiz als Nachbarn.

Die vielen Milliarden wären bei Sozial- und Bildungsprojekten viel besser aufgehoben und würden sinnvollere Arbeitsplätze schaffen als im Militärbereich. Der Fliegerhorst Zeltweg sollte auf Einsätze bei Katastropheneinsätzen umgestellt werden – die werden in den nächsten Jahren leider immer nötiger werden.

Renate Pacher,
KPÖ Stadträtin Knittelfeld

Militärausgaben in Österreich 2015 bis 2018 und EU-SSZ Ziel



5Mrd. =>

- ▶ entspricht den gesamten Ausgaben für den elementaren und primären Bildungsbereich (Kindergarten/vorschulische Förderung, Volksschule)
- ▶ dem Dreifachen der Ausgaben für die Notstandshilfe, die die neue Regierung abschaffen möchte
- ▶ den Baukosten von 30 neuen Krankenhäusern (Vergleich: Neubau des Spitals Oberwart mit 320 Betten)



8. März – Internationaler Frauentag



KAPFENBERG, Franz-Bair-Heim der KPÖ, Feldgasse 8
Sa., 7. März, 15:00 Uhr
Streiflichter. Geschichten von
Kommunistinnen in der Steiermark
AUSSTELLUNGSERÖFFNUNG mit
musikalischer Umrahmung von NATALIE MOSER
Freier Eintritt

Streiflichter. Geschichten von Kommunistinnen in der Steiermark“ möchte anhand beispielhafter Biografien die Entschlossenheit und den Mut dieser Frauen in Erinnerung rufen. Das Wissen um die Gefahr, in der sie schweben, hat sie nicht an ihrer politischen Überzeugung

und dem aktiven Kampf gegen Austrofaschismus und Nationalsozialismus zweifeln lassen. Ein kurzer Abriss der Geschichte der Frauen in der Kommunistischen Partei versucht die biografischen Erzählungen in ein historisches Umfeld zu stellen.



Freitag, 6. März 2020, 19:00 Uhr
im Volkshaus GRAZ, Lagergasse 98a



Wo Ferien noch Ferien sind

Schöne Ferienwohnungen Nähe Bad Radkersburg zu vermieten. **Natur pur.** 10.000 Bücher, Radlerparadies. Viel Ruhe. Zwei Thermalbäder in der Nähe.



3 Komfort-Ferienwohnungen
 (93 bzw. 63 qm) für 2 bis 5 Personen, nicht teuer.
 Christel und Dietrich Kittner-Stiftung
<https://hollerhof.at> • Tel. 034 76/20 525.



KNITTELFELD „Marizza staubt ab“:
 Kabarett mit Regina Hofer & Fest
So, 8. März, 17:00 Uhr
 ORT: Pfarrsaal, Kirchengasse 7
 Eintritt: € 5,- VVK / € 6,50 Abendkasse

VOITSBERG, Gasthaus Merta,
 C.-von-Hötzendorf-Straße 13 ,
 Freier Eintritt

Sa., 7. März, 19:00 Uhr
Liederabend mit
Nina Traussnig



KPO
BILDUNGSVEREIN

<http://kpoe-bildungsverein.at/>

PROGRAMM

Alle Veranstaltungen, wenn nicht anders angegeben, im Volkshaus Graz, KPÖ-Bildungszentrum, Lagergasse 98a

Tel. 0316 / 71 29 59
bildungsverein.kpoe-steiermark.at

www.volkshaus-graz.at





Ferienaktion 2020 Sommer-Ferien-Hits bei Kinderland!

Die Kinderland-Ferienaktion bietet kostengünstige Erholungsaufenthalte für Kinder und Jugendliche. Wer Abenteuer und Abwechslung sucht und zwischen 6 und 15 Jahre ist, fühlt sich in unserem Feriendorf am Turnersee (Kärnten/nahe dem Klopeinersee) wie zuhause. Es stehen 1-, 2- und 3-wöchige Aufenthalte zur Auswahl.

Wer sich noch nicht so recht alleine 14 Tage in die Ferien fahren traut, aber dennoch mit Freunden „abhängen will“, ist in den einwöchigen **Actionwochen** gut aufgehoben, denn bei täglichen Angeboten wie Sommerrodern, Jungleswing oder Schlauchraften vergeht die Zeit im Nu. Besonderer Beliebtheit erfreuen sich die **Reitwochen**, auch bei Buben. Durch den Umgang mit den Pferden lernen die Kinder nicht nur Reiten, sondern auch, Verantwortung für ein Tier zu übernehmen.

Zuschussmöglichkeiten von Land, Stadt, Betriebsräten und Sozialhilfverbänden verringern die Turnuskosten in den meisten Fällen erheblich.

SOMMERHITS FÜR FERIENKIDS

KOMM MIT INS FERIENLAND

SPIEL - SPAß - SPANNUNG - ACTION

Feriendorf Turnersee
12. Juli - 15. August

Infos unter:
www.kinderland-steiermark.at

1-2 ODER 3 Wochen



Ferien mit Kinderland

Gewinnen Sie einen Ferienaufenthalt für Ihr Kind

Rätsel lösen und das Lösungswort per E-Mail oder Post an der Kinderland-Ferienbüro schicken!
HAUPTPREIS: 1 Woche Ferienaufenthalt für ein Kind zwischen 6 und 15 Jahren.

Einsendeschluss: 30. Juni 2020. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

runde Schneehütte	Turnübung	Bob-, Rodelbahn	gelblich braune Erdart	Lichtquelle; Lampentyp	Zuckerrohrbranntwein	bekannt geben, ankündigen	Sinnesorgan
Bratrost	6			Schlafenerlebnis	1		
Schnell! Ab!		7	Würdigung	8			untere Rückenpartie
Spaß; Unfug			Tiermund	Schwarzdrossel			5
Leumund, Ansehen	Schafjunges			je, für (lateinisch)	früherer türkischer Titel	schmal; begrenzt	
	3			sich abmühen (sich ...)			4
Wettkampfstätte; Manege	spannend		2				
behaarte Tierhaut	9		Apfelsine				

Bitte beachten Sie auch unsere Umfrage auf Seite 22

Lösungswort:

1	2	3	4	5	6	7	8	9
---	---	---	---	---	---	---	---	---

BERATUNG IM KINDERLAND-FERIENBÜRO
Graz, Mehlplatz 2/2. Stock, Tel. 0316/82 90 70.
Mo – Fr von 9 – 14 Uhr,
E-Mail: office@kinderland-steiermark.at
www.kinderland-steiermark.at

Briefe an die Redaktion

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen

Steirische Volksstimme, Lagergasse 98a, 8020 Graz
Fax 0316 / 71 62 91. E-Mail: georg.fuchs@stmk.gv.at

Über 50 Euro für eine Schlittentour

Wer sich heutzutage gesund erhalten möchte, mit einem Schlitten durch die Landschaft spaziert, diesen noch selbst zieht und dabei frische Luft atmet, kann schnell mit den Schützern des Privateigentums in Konflikt kommen.

Ein Wirt in Donnersbachwald verlangt für die Rodelbahn eine Benützungsgebühr von 3 Euro. Wer sich eine Rodel ausleiht, soll eine Leihgebühr bezahlen, aber doch nicht jemand, der seine Rodel selbst zieht! Wie weit will diese kapitalistische Wirtschaft noch gehen, wenn selbst die Bewegung an der frischen Luft für Menschen mit wenig Einkommen schon ein nicht mehr leistbares Unterfangen ist?

Die Busfahrt von Stainach nach Donnersbachwald kostet 7 Euro/Strecke, hin- und retour also 14 Euro, für die Kinder bis 15 die Hälfte. Der vergnügliche Nachmittag kostet für die Alleinerzieherin, in Liezen lebend, mit 16jährigem Sohn und zehnjähriger Tochter

über 50 Euro. Geschweige denn, wenn sie sich in der Therme Aussee oder Mitterndorf vergnügen möchte. Die Kosten mit dem öffentlichen Bus, die Zusatzkosten in Form der Rodelbahnbenützungsgebühr trotz eigener Rodel (die man im Bus wieder nicht mitnehmen darf), sprengen das Budget von Menschen mit geringen Einkommen. Dabei spreche ich von einheimischen Leistungsträgerinnen. Denn vor allem die Alleinerzieherinnen gehören zu den stärksten Leistungsträgerinnen in diesem Land, aber sie wissen schon heute, dass sie in ihrer Pension an der Armutsschwelle dahingrundeln, weil die Kindererziehung und Teilzeitarbeit nicht für die Pension angerechnet werden.

Ennstal wird ausverkauft

Zugleich ist es erschütternd, dass das gesamte Ennstal privatisiert wird. Ein Seitental gehört Frau Flick, Herr Mateschitz hat Pürgg gekauft, kleinere Immo-

liemakler die Schlösser in Stainach und Niederhofen. Ein Seitental des Sölktales hat ein deutscher Immobilienmakler gekauft, aus Donnersbachwald ist bekannt, dass ebenfalls ein Seitental einem Deutschen gehört, der zugleich auch das Schloss Donnersbach gekauft hat.

Viele können sich ein bisschen Bewegung an der frischen Luft nicht mehr leisten. Zugleich beklagt man einen Anstieg von Menschen mit Depressionen, psychischen Krankheiten und steigenden Kosten für das Gesundheitssystem. Abgesehen davon, dass jede Alleinerzieherin, jeder kleine Einkommensbezieher steuerlich und sozialversicherungstechnisch prozentuell ein Vielfaches ins System einzahlt als alle diese Immobilienbesitzer und Privatbesitzer, die glauben, alles ist käuflich.

Die Politik ist aufgerufen, öffentlichen Grünraum den erholungssuchenden Bürgerinnen und Bürgern dieses Staates kostenlos zur Verfügung zu stellen. Eine Erbschafts-, Vermögens-, Liegenschafts-, Gewinn-, und Kapitalertragssteuer sind zwingend einzuführen, um eine gerechte Umverteilung weltweit voranzutreiben. Mag. Christina Kern

SERVICE Richtsätze 2020

Pensionen – Ausgleichszulage brutto

Mindestpension mit Ausgleichszulage für Alleinstehende: ...€ 966,65 für Ehepaare, eingetragene Partnerschaften:€ 1.472,00 Erhöhung pro Kind:€ 149,15

Mindestsicherung

Alleinstehende und Alleinerzieher/innen:€ 917,35 Volljährige im gemeinsamen Haushalt:.....€ 688,01 ab 3. volljährige Person: € 458,68 1. bis 3. Kind:€ 165,12 ab dem 4. Kind:€ 137,69

Rezeptgebührenbefreiung

Befreit sind Personen mit niedrigem Einkommen bis zu einer Grenze von € 966,65 für Alleinstehende und € 1.648,64 für Ehepaare, pro Kind erhöht sich der Betrag um € 149,15. Die **Rezeptgebühr** steigt von 6,10 auf 6,30 € pro Medikament.

Geringfügigkeitsgrenze

€ 460,66 Euro /Monat

Grenze für GIS-Gebührenbefreiung/ Telefonentgeltzuschuss:

1 Person:€ 1.082,65
2 Personen:€ 1.648,64
für jede zusätzliche Person im Haushalt: € 167,05

Familienbeihilfe

Bei einem Kind unter 3J: € 172,40; über 3J: € 180,30, über 10J: € 199,90, über 19J: € 223,50

Dieser Beitrag erhöht sich bei 2 Kindern jeweils um € 7,10, bei 3 um € 17, 40 bei 4 um € 26,50 bei 5 um € 32,00, bei 6 um € 35,70 bei 7 um € 52,00. Im September zusätzlich € 100 Schulstartgeld für Kinder zw. 6 und 15 Jahren; für erheblich behinderte Kinder kann die erhöhte Familienbeihilfe beantragt werden. Der Zuschlag beträgt € 155,90.

Pflegegeld 2020 um 1,8% erhöht:

Stufe 1:€ 160,13..... 65h/Monat
Stufe 2:€ 295,22..... 95h/Monat
Stufe 3:€ 459,93... 120h/Monat
Stufe 4:€ 689,80... 160h/Monat
Stufe 5:€ 936,87... 180h/Monat
Stufe 6:€ 1.308,33.. über 180h/M
Stufe 7:€ 1.719,30.. über 180h/M

www.mindestsicherungsrechner.at

DSA Karin Gruber
Tel. 0316 / 877-5101,
E-Mail: karin.gruber@stmk.gv.at



Sagen Sie uns Ihre Meinung! Unter den Einsendungen verlosen wir kleine Buch- und Sachpreise

Die Bundesregierung will die Zuschüsse der Krankenkasse zu den Kinderferienaktionen abschaffen. Ist das eine richtige Maßnahme?

- NEIN, für viele Kinder aus Familien mit wenig Geld ist das die einzige Möglichkeit, Urlaub zu machen.
- JA, die Zusammenlegung der Krankenkassen hat über eine Milliarde gekostet, irgendwo muss das Geld wieder hereinkommen.

Gedanken und Anregungen:

Informieren Sie mich kostenlos und unverbindlich zur Politik der steirischen KPÖ – Zusendung Volksstimme und Landtags-Infoblatt.

Name:

Adresse, E-Mail:



An die

STEIRISCHE
Volksstimme

Claudia Klimt-Weithaler
Landhaus, Herrengasse 16
8010 Graz

Fax: 0316 / 877 51 08
E-Mail: kpoe-ltk@stmk.gv.at



Tiere suchen ein Zuhause

TIERECKE

Beim Landestierschutzverein warten Haustiere auf neue Besitzer; oder entlaufene Lieblinge auf ihre alten...
Die Tierheime des Landestierschutzvereins.

Murtal, Murweg 3, 8723 Kobenz,
Tel. 03512 / 49575
Graz, Grabenstraße 113, Tel. 0316 / 68 42 12

www.landestierschutzverein.at

LEROY: Ich bin ein 2012 geborener Staffmischling, sehr lieb zu den Menschen und hoffe nun endlich ein Zuhause zu finden wo man mich liebevoll aufnimmt und ich zeigen kann was für ein toller Kerl ich bin. Andere Hunde mag ich weniger. Leider hat sich scheinbar noch niemals jemand mit mir beschäftigt, ich bin dankbar für jede Minute, die mir geschenkt wird.



NEA: Ich bin eine süße Schäfer-Mischlingsdame und im Tierheim gelandet, da ich eifersüchtig auf den Familienzuwachs war. Geboren bin ich Mai 2014 und verträglich mit anderen Hunden je nach Sympathie. Laut meinen Pflegern bin ich eine ausgesprochen liebe Hündin die Sehnsucht nach einer neuen Familie hat.



JACK & ALEX: Wir sind ein Husky-Geschwisterpaar und haben unser Zuhause verloren, weil wir zu aktiv sind und unseren Besitzern zuviel geworden sind. Geboren sind wir im November 2015, waren immer zusammen und möchten es auch bleiben! Da wir wahnsinnig gerne arbeiten wäre jemand der mit uns Zughundesport betreibt ideal! Alle Eigenschaften eines typischen Huskys sind in uns vereint. Das heißt, wir werden nur an jemanden vergeben der mit und umgehen kann und uns entsprechend beschäftigt. Bisher haben wir überwiegend im Freien gelebt. Nachdem wir uns sehr gut mit anderen Hunden verstehen würden wir uns vermutlich auch in ein kleines Rudel integrieren. Wer also Verstärkung sucht oder sich sportlich betätigen möchte ist bei uns richtig! Nach der Arbeit genießen wir dann gerne Kuschelstunden – kinderlieb sind wir auch!



MIKY: Ich bin ein entzückender, kleiner Yorki-Mix und im Tierheim gelandet, weil mein Besitzer mich aus persönlichen Gründen nicht mehr

behalten konnte. Geboren bin ich im September 2017 und kastriert: So hoffe ich auf eine nette Familie, die mich liebevoll aufnimmt und mir alles beibringt, was ich für ein harmonisches Leben brauche. Bei anderen Hunden entscheidet die Sympathie. Katzen kenne ich.

GINA: Ich bin eine aufgeweckte, liebenswerte und lebensfrohe Mischlingshündin (mittelgroß). Geboren bin ich im Mai 2019 und habe mein Zuhause verloren, da meine Besitzer mit mir überfordert waren. Mit anderen Hunden bin ich verträglich, Kinder kenne ich und Katzen liebe ich. Nun hoffe ich auf eine nette, aktive Familie die mich liebevoll aufnimmt und mich erzieht!



SHADOW: Ich bin im August 2018 geboren – ein Schäfermischling und habe mein Zuhause verloren, weil meine Besitzer überfordert mit mir waren. Ich habe ein sehr nettes, freundliches Wesen, bin mit Katzen und Kinder vertraut und mit anderen Hunden bin ich verträglich. Gelernt habe ich bisher noch nicht viel, aber mit ein bisschen Hundeverständnis ist das sicher kein Problem – Ich bin ein treuer Wegbegleiter!



GINO: Ich kam als Findling ins Tierheim, leider hat mich niemand vermisst obwohl ich zutraulich bin. Mein geschätztes Alter ist ca. 9 Jahre. Nachdem ich jetzt kastriert, geimpft und gechipt bin, steht einem Leben bei liebevollen Menschen, wo ich auch ins Freie kann, nichts mehr im Wege.

Chloe: Ich bin ein wunderschönes Katzenmädchen namens Chloe. Anfang 2019 wurde ich geboren und kam als Findling ins Tierheim. Leider hat mich niemand vermisst. Nun suche ich ein Zuhause in dem ich mich wohl fühlen darf und meine anfängliche Schüchternheit überwinden kann. (Foto rechts)



ÖZIV SUPPORT

Für Menschen mit Behinderungen

MIT ÖZIV SUPPORT COACHING
ZURÜCK AUF DIE SIEGERSTRASSE

▶ Unterstützt ■ entlastet
motiviert ■ stärkt!



Kostenlos!

Der **ÖZIV** als österreichweit tätige **Behindertenorganisation** unterstützt Menschen mit Behinderungen. Die langjährige Erfahrung hat gezeigt, dass individuelle Beratung und Coaching besonders wichtig und zielführend sind. Ziel von **ÖZIV SUPPORT Coaching** ist es, Menschen mit Behinderung bzw. chronischen Erkrankungen in allen Lebensbereichen **kostenlos** zur Seite zu stehen. Das passiert durch persönliches Coaching sowie Beratung.

Nutzen Sie Coaching von ÖZIV SUPPORT Steiermark:

- Beim (Wieder-)Einstieg ins Berufsleben und bei der beruflichen Orientierung
- Bei der Lösung von Problemen am Arbeitsplatz
- Um Ihre Lebensqualität zu verbessern
- Wenn Sie Informationen zu behindertenspezifischen Fragen wie Kündigungsschutz, Behindertenpass etc. benötigen

Gerne klären wir in einem unverbindlichen Gespräch, wie Sie Ihre persönliche und berufliche Situation mit professioneller Unterstützung verbessern können.

Alle Infos zum ÖZIV SUPPORT finden Sie auch im Internet:
www.oeziv.org/support

Gefördert durch: Sozialministeriumservice

RAT UND HILFE IN MIET- WOHNUNGSFRAGEN

Mieterschutzverband
Steiermark

Sparbersbachgasse 61

Tel. 0316 / 38 48 30
Sprechstunden – Bitte
um telefonische Voranmeldung!



www.mieterschutzverband.at

Kontakt:
ÖZIV SUPPORT Steiermark

8055 Graz,
Triesterstraße 388-390
Telefon: 0316/244352
Fax: 0316/244383



22. MÄRZ
GEMEINDERATS-
WAHLEN

KPÖ

SOZIAL.
GERECHT.
FÜR EUCH.

Für leistbares Wohnen.
Für niedrigere Gebühren.
Für Dich im Gemeinderat.

HELFEN STATT REDEN ~~⊗~~ KPÖ